

Strafrecht in Krise und Insolvenz

Pelz / Grotebrune

3. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77991-6
C.H.BECK

Strafverteidigerpraxis

Schriftenreihe für den Verteidiger

Herausgegeben von

Dr. Klaus Leipold
Rechtsanwalt in München

Prof. Dr. Gunter Widmaier
Rechtsanwalt in Karlsruhe

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Volk
o. Professor, Universität München

Dr. Stefan Beukelmann
Rechtsanwalt in München



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Strafrecht in Krise und Insolvenz

von

Prof. Dr. Christian Pelz

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht
München

und

Dr. Björn Grotebrune

Rechtsanwalt
München

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3., neu bearbeitete Auflage 2022



Zitiervorschlag: Pelz/Grotebrune StrafR Rn. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77991 6

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Uhl + Massopust, Aalen
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

In den vergangenen Jahren wurden eine Vielzahl von Reformvorhaben im Bereich des Insolvenzrechts umgesetzt. Durch das zum 1.3.2012 in Kraft getretene ESUG (Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen) wurde zunächst die Möglichkeit des Schutzschirmverfahrens als besonderer Unterfall eines Insolvenzeröffnungsverfahrens geschaffen und die Insolvenz in Eigenverwaltung gestärkt. Am 5.4.2017 ist das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz in Kraft getreten, durch das insbesondere die Anforderungen an eine Vorsatzanfechtung gemäß § 133 InsO erhöht wurden. Mit Rückwirkung zum 1.3.2020 ist das COVInsAG (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz) in Kraft getreten, das insbesondere darauf abzielte, die Insolvenzantragspflichten für Unternehmen, die aufgrund wirtschaftlicher Belastungen im Zuge der COVID-19-Pandemie in eine Krise geraten sind, befristet (ganz oder teilweise) auszusetzen. Die Befristung wurde sodann mehrfach verlängert, dies jedoch nur eingeschränkt und unter weiteren Voraussetzungen. Mit dem Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz (SanInsFoG), das in weiten Teilen bereits zum 1.1.2021 in Kraft getreten ist, hat der deutsche Gesetzgeber ferner das Thema „präventiver Restrukturierungsrahmen“ aufgegriffen und die diesbezüglichen europarechtlichen Vorgaben (Richtlinie (EU) 2019/1023 vom 20. Juni 2019) in deutsches Recht umgesetzt. Kern des SanInsFoG ist das Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG). Durch den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen wurden neue Sanierungsmöglichkeiten für Unternehmen außerhalb eines förmlichen, gerichtlich durchgeführten Insolvenzverfahrens geschaffen. Zugleich wurden die Anforderungen an eine Insolvenz in Eigenverwaltung wieder erhöht, etwa indem vom Schuldner nun gemäß § 270a InsO nF verlangt wird, dass er seinem Eigenverwaltungsantrag eine fundierte Eigenverwaltungsplanung beifügt. Hierdurch wurden die durch das ESUG geschaffenen Lockerungen für die Anordnung der Eigenverwaltung im Ergebnis wieder (weitestgehend) zurückgenommen. All dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Insolvenzstrafrecht.

Die mehrfach verlängerte Aussetzung der Insolvenzantragsfrist während der COVID-19-Pandemie wird aufgrund der Komplexität ihrer Regelungstechnik vermutlich in den nächsten Jahren eine Vielzahl von Insolvenzstrafverfahren bestimmen.

Diese großen Änderungen im Bereich des materiellen Insolvenzrechts haben es erforderlich gemacht, das Werk gründlich zu überarbeiten und auf den aktuellen Stand von Rechtsprechung und Literatur zu bringen. Dr. Björn Grotebrune, ein ausgewiesener Insolvenzrechtsspezialist, konnte hierfür als Mitautor gewonnen werden.

Vorwort

Die Darstellung befindet sich auf dem Stand von Januar 2022. Für Anregungen und Hinweise, auch auf nicht veröffentlichte Entscheidungen, sind die Autoren dankbar.

München, im Februar 2022

*Christian Pelz
Björn Grotebrune*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Die neue Insolvenzordnung ist seit mittlerweile fünf Jahren in Kraft. In demselben Zeitraum nahm nicht nur die Anzahl der Insolvenzen sprunghaft zu, sondern es ereigneten sich auch viele spektakuläre Unternehmenszusammenbrüche. Mit der entsprechenden zeitlichen Verzögerung wird sich dies auch in einer steigenden Anzahl strafrechtlicher Ermittlungsverfahren und schließlich auch Verurteilungen niederschlagen. Insolvenzstrafverfahren werden daher eine zunehmend wichtigere Rolle im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts spielen.

Seit Inkrafttreten der Insolvenzordnung ist die insolvenzrechtliche Literatur zur neuen Gesetzeslage unübersehbar angewachsen. In der zivilrechtlichen Judikatur beginnt sich mittlerweile die Auslegung der neuen Vorschriften zu festigen. Höchstgerichtliche oder obergerichtliche Entscheidungen zum Insolvenzstrafrecht sind bislang jedoch nur vereinzelt ergangen. Inwieweit die Änderungen durch die Insolvenzordnung zu erheblichen Verschärfungen in der strafrichterlichen Praxis führen werden, kann noch nicht endgültig abgesehen werden, wenngleich dies zu erwarten ist.

Soweit sich die Literatur mit Insolvenzstrafrecht befasst, erfolgt dies hauptsächlich aus der Sicht von Staatsanwälten oder Insolvenzverwaltern. Literatur für den Strafverteidiger fehlt bislang. Diese Lücke versucht dieses Werk zu schließen. Es wendet sich in erster Linie an den Strafverteidiger, der mit Fragen des Insolvenzstrafrechts befasst ist. Aber auch Staatsanwälte, Strafrichter oder Insolvenzverwalter werden dieses Werk gewinnbringend nutzen können. Es ist auf die spezifischen Bedürfnisse der Praxis abgestellt und soll eine Arbeitshilfe zur Lösung der sich in der Fallbearbeitung stellenden strafrechtlichen, aber auch insolvenz-, handels- und gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen bieten. Übersichten und Checklisten sollen die Fallbearbeitung erleichtern. Durch ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und ein umfassend angelegtes Stichwortregister sind einzelne Fragestellungen leicht zu finden.

Der Inhalt der Darstellung von Rechtsprechung und Literatur befindet sich auf dem Stand Oktober 2003. Für Anregungen und Hinweise auch auf unveröffentlichte Entscheidungen bin ich sehr dankbar.

München, im Januar 2004

Christian Pelz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
1. Teil. Grundlagen des Insolvenz- und Insolvenzstrafrechts	1
A. Unternehmenskrise und Insolvenz(straf)recht	1
I. Unternehmenskrise und Insolvenz	1
1. Unternehmen in der Krise	1
2. Entwicklung der Insolvenzen	2
II. Insolvenzkriminalität	4
1. Insolvenzdelikte	4
a) Insolvenzdelikte im engeren Sinn	4
b) Insolvenzdelikte im weiteren Sinn	4
2. Kriminalitätsentwicklung	4
B. Grundbegriffe des Insolvenzrechts	6
I. Zahlungsunfähigkeit	6
1. Zahlungseinstellung	6
2. Zahlungsunfähigkeit	7
a) Begriff der Zahlungsunfähigkeit	7
b) Abgrenzung zur Zahlungsunwilligkeit	11
c) Abgrenzung zur Zahlungsstockung	11
d) Feststellung der Zahlungsunfähigkeit im Insolvenzverfahren	13
aa) Liquiditätsstatus	13
bb) Liquiditätsplan	14
3. Beseitigung von Zahlungsunfähigkeit	17
II. Drohende Zahlungsunfähigkeit	17
III. Überschuldung	20
1. Begriff der Überschuldung	20
a) Überschuldung nach dem bis 17.10.2008 geltenden Recht	20
b) Neuregelung des Überschuldungsbegriffs durch das FMStG und das MoMiG	20
c) Neuregelung des Überschuldungsbegriffs durch das SanInsFOG	22
2. Bilanz und Überschuldungsstatus	23
3. Überschuldungsprüfung	23
a) Methode	23
b) Fortführungsprognose	24
c) Aufstellung des Überschuldungsstatus	26
aa) Zu erfassendes Vermögen	26
(1) Aktivseite des Überschuldungsstatus	26
(2) Passivseite des Überschuldungsstatus	27
bb) Bewertung	30
cc) Eigenkapitalersetzende Leistungen	31
4. Beseitigung der Überschuldung	34

Inhaltsverzeichnis

a) Kapitalerhöhung	34
b) Rangrücktritt	34
c) Forderungsverzicht	36
d) Patronatserklärung	37
IV. Grundzüge des Insolvenzverfahrens	37
1. Einheitliches Insolvenzverfahren	38
2. Antrags- und Eröffnungsverfahren	38
a) Antragsverfahren	38
b) Eröffnungsverfahren	38
3. Vorläufige und sichernde Maßnahmen	40
4. Insolvenzverwalter	41
5. Insolvenzplanverfahren	41
6. (Vorläufige) Eigenverwaltung bzw. Schutzschirmverfahren	42
7. Verbraucherinsolvenzverfahren	43
8. Restschuldbefreiung	44
9. Grundzüge eines außergerichtlichen Sanierungsverfahrens nach StaRUG	45
C. Insolvenzrecht und Insolvenzstrafverfahren	47
I. Maßgeblichkeit insolvenzrechtlicher Begriffe für das Insolvenzstrafrecht	47
II. Nachweis der Krisensituation	49
III. Zahlungsunfähigkeit	50
1. Liquiditätsplan	52
2. Liquiditätskennzahlen	53
3. Vermögensgegenüberstellung (Liquiditätsstatus)	54
4. Kriminalistische Methode	55
IV. Zahlungseinstellung	58
V. Drohende Zahlungsunfähigkeit	59
VI. Überschuldung	60
1. Maßgebender Überschuldungsbegriff	60
2. Fortführungsprognose	61
3. Überschuldung und Bilanz	62
4. Überschuldungsstatus	62
5. Massegutachten des Insolvenzverwalters	64
6. Sachverständigengutachten	65
7. Verteidigungs-Checkliste	65
2. Teil. Täterkreis	69
A. Bankrottdelikte als Sonderdelikte	69
B. Einzelheiten	71
I. Verantwortlichkeit bei einzelnen Unternehmen	71
1. Einzelunternehmer	71
2. Personengesellschaften	71
3. Juristische Personen	71
4. Ausländische Gesellschaftsformen	72
5. Verbraucherinsolvenz	72
6. Insolvenzverwalter	72
7. Berater	73
II. Beginn und Ende der Pflichtenstellung	73
1. Beginn der Verantwortlichkeit	73
2. Ende der Verantwortlichkeit	74
III. Kollegialorgane	75

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsatz: Gesamtverantwortlichkeit	75
2. Aufgaben- und Zuständigkeitsvereinbarung	75
IV. Aufgabendelegation	77
1. Verantwortlichkeit des Beauftragten	77
2. Verantwortlichkeit des Beauftragenden	78
V. Aufsichtspflichtverletzung § 130 OWiG	78
C. Faktischer Geschäftsführer und Strohmann	79
I. Faktischer Geschäftsführer	79
1. Begriff	79
2. Anwendungsbereich faktischer Geschäftsführung	80
3. Kriterien faktischer Geschäftsführung	81
II. Strohmann und bestellter Geschäftsführer	84
3. Teil. Verletzung von Antrags- und Anzeigepflichten	87
A. Insolvenzenschleppung	87
I. Insolvenzantragspflicht	87
1. Überblick	87
2. Gesetzesentwicklung	87
a) Insolvenzantragspflicht und Strafbarkeit wegen Insolvenzenschleppung	87
aa) § 15a InsO in der vor dem 26.6.2017 geltenden Fassung	87
bb) § 15a InsO in der ab 26.7.2017 geltenden Fassung	88
cc) § 15a InsO in der ab 1.1.2021 geltenden Fassung	88
b) Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen COVID-Pandemie	88
aa) Aussetzung im Zeitraum vom 1.3.2020 – 30.9.2020	88
bb) Aussetzung im Zeitraum 1.10.2020 – 31.12.2020	92
cc) Aussetzung im Zeitraum 1.1.2021 bis 30.4.2021	93
c) Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen Starkregen und Hochwasser	97
d) Aussetzung der Insolvenzantragspflicht im Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	97
3. Strafbarkeit wegen Insolvenzenschleppung	97
a) Insolvenzantragspflicht und Strafbarkeit	97
b) Auswirkungen der Änderungen des § 15a InsO auf das Strafrecht	100
c) Sonderbestimmungen im Finanz- und Versicherungswesen	101
4. Unterlassene Insolvenzantragstellung	101
5. Nicht rechtzeitige Insolvenzantragstellung	102
a) Insolvenzantragsfrist	102
aa) Regelantragsfrist	102
bb) Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	103
(1) Eintritt der Insolvenzreife bis zum 31.12.2019	104
(2) Eintritt der Insolvenzreife im Zeitraum vom 1.1.2020 bis 29.2.2020	104
(3) Eintritt der Insolvenzreife im Zeitraum vom 1.3.2020 bis 30.9.2020	105
(4) Eintritt der Insolvenzreife im Zeitraum 1.10.2020 bis 31.12.2020	105
(5) Eintritt der Insolvenzreife im Zeitraum 1.1.2021 bis 30.4.2021	106
(6) Eintritt der Insolvenzreife nach 30.4.2021	106
b) Beginn der Antragsfrist	106
c) Ende der Insolvenzantragspflicht	108
d) Wiederaufleben der Insolvenzantragspflicht	108
6. Nicht richtige Insolvenzantragstellung	110

Inhaltsverzeichnis

a) Vor dem 26.6.2017 geltende Fassung von § 15a Abs. 4 InsO aF	111
b) Ab dem 26.6.2017 geltende Fassung von § 15a Abs. 4 Nr. 2 InsO	112
7. Möglichkeit der Insolvenzantragstellung	113
8. Antragspflichtige Personen	114
a) Sonderdelikt und Teilnahme	114
b) Antragspflicht für Vertretungsorgane	114
c) Antragspflicht bei Führungslosigkeit	115
d) Mehrere Geschäftsführer	117
e) Beginn der Verantwortlichkeit	117
f) Ende	117
9. Sonderfall: Doppelstöckige Gesellschaften, insbes. GmbH & Co.	118
II. Subjektiver Tatbestand	121
1. Vorsatz	121
2. Fahrlässigkeit	121
III. Irrtum	123
B. Verlustanzeigespflicht § 84 Abs. 1 Nr. 1 GmbHG	123
I. Allgemeines	123
II. Anzeigepflicht	124
1. Verlust der Hälfte des Stammkapitals	124
2. Anzeige	125
C. Ad-hoc-Meldepflicht	126
4. Teil. Bankrottdelikte § 283 StGB	129
A. Wesen und Bedeutung der Bankrottdelikte	129
B. Unternehmenskrise und Strafbarkeitsbedingungen	129
I. Krisensituation und Tathandlung	129
1. Bestehende Krisensituation § 283 Abs. 1 StGB	129
2. Herbeiführen der Krise § 283 Abs. 2 StGB	130
II. Objektive Strafbarkeitsbedingungen § 283 Abs. 6 StGB	132
1. Rechtsnatur der objektiven Strafbarkeitsbedingung	132
2. Einzelne Strafbarkeitsbedingungen	132
a) Vorliegen der Strafbarkeitsbedingung	132
b) Strafbarkeitsbedingung und Vorsatz	133
3. Zusammenhang zwischen Tathandlung und objektiver Strafbarkeitsbedingung	133
a) Art des Zusammenhangs	133
b) Einzelfälle	134
aa) Gläubigeridentität	134
bb) Großer Zeitabstand	134
cc) Keine Gefahrrealisierung	135
dd) Überwindung der Krise	136
4. Bankrothandlungen nach Eintritt der objektiven Strafbarkeitsbedingungen	137
C. Tathandlungen	137
I. Täterkreis	139
II. Beiseiteschaffen und Verheimlichen § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	139
1. Geschützte Vermögensbestandteile	139
2. Beiseiteschaffen § 283 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 1 StGB	141
a) Tathandlung	141
b) Einzelfälle	142
c) Sonderfall: Gesellschafterdarlehen	144

Inhaltsverzeichnis

d) Einschränkung: ordnungsgemäßes Wirtschaften	145
aa) Begriff	145
bb) Einzelfälle	145
(1) Austauschgeschäfte	145
(2) Erfüllung fälliger Verbindlichkeiten	146
(3) Entnahmen	147
3. Verheimlichen	147
4. Zerstören, Beschädigen und Unbrauchbarmachen	149
III. Unwirtschaftliches Verhalten und Scheingeschäfte	149
1. Verlust-, Spekulations- und Differenzgeschäfte § 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	149
a) Verlustgeschäfte	149
b) Spekulationsgeschäfte	150
c) Differenzgeschäfte	150
d) Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft	150
2. Spiel, Wette und unwirtschaftliche Ausgaben § 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	151
a) Spiel und Wette	151
b) Unwirtschaftliche Ausgaben	151
aa) Ausgaben	151
bb) Unwirtschaftlichkeit	152
c) Verbrauch oder Schuldigwerden übermäßiger Beträge	153
aa) Verbrauch oder Schuldigwerden	153
bb) Übermäßige Beträge	154
3. Warenbeschaffung auf Kredit § 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB	154
4. Scheingeschäfte § 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB	156
5. Sonstiges Verringern § 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	157
a) Verringern	157
b) Verheimlichen oder Verschleiern	158
D. Versuch § 283 Abs. 3 StGB	160
E. Subjektiver Tatbestand	161
I. Vorsatz	161
II. Fahrlässigkeit §§ 283 Abs. 4, 5 StGB	162
1. Fahrlässige Unkenntnis oder leichtfertige Herbeiführung der Krise § 283 Abs. 4 StGB	162
a) Fahrlässige Unkenntnis § 283 Abs. 4 Nr. 1 StGB	162
b) Leichtfertige Herbeiführung § 283 Abs. 4 Nr. 2 StGB	163
2. Fahrlässige Tathandlung § 283 Abs. 5 StGB	163
F. Straffrahmen	165
I. Regelfall § 283 StGB	165
II. Besonders schwere Fälle § 283a StGB	165
1. Strafzumessungsregel	165
2. Regelfälle	165
a) Gewinnsucht § 283a S. 2 Nr. 1 StGB	165
b) Gefährdung vieler Personen § 283a S. 2 Nr. 2 StGB	166
aa) Viele Personen	166
bb) Gefahr des Vermögensverlustes § 283a Satz 2 Nr. 2 Alt. 1 StGB	166
cc) Verursachen wirtschaftlicher Not § 283a Satz 2 Nr. 2 Alt. 2 StGB	167
c) Sonstige besonders schwere Fälle	167
G. Irrtum	167
H. Verjährung	168

5. Teil. Buchführungs- und Bilanzdelikte	169
A. Bedeutung von Buchführungs- und Bilanzdelikten	169
B. Buchführungs- und Bilanzierungsdelikte in der Krise, § 283 Abs. 1 Nr. 5–7 StGB	170
I. Täterkreis	170
1. Kreis der buchführungs- und bilanzierungspflichtigen Personen	170
a) Kaufmannseigenschaft	170
b) Juristische Personen und Personengesellschaften	171
c) Verantwortlichkeit bei Kollegialorganen	171
2. Delegation von Buchführungs- und Bilanzierungspflichten	172
3. Unmöglichkeit der Buchführung und Bilanzierung	172
a) Unmöglichkeit aus persönlichen Gründen	173
b) Unmöglichkeit aus tatsächlichen Gründen	173
c) Unmöglichkeit aus finanziellen Gründen	174
II. Unterlassene oder mangelhafte Buchführung § 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB	177
1. Inhalt der Buchführungspflichten	177
2. Tathandlungen	178
a) Unterlassene Buchführung	178
b) Mangelhafte Buchführung	178
c) Erschwerung der Übersicht	179
d) Tathandlung und objektive Strafbarkeitsbedingung	180
III. Unterdrückung von Handelsbüchern § 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB	181
1. Täterkreis	181
2. Tathandlung	181
IV. Bilanzdelikte in der Krise § 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB	183
1. Täterkreis	183
2. Bilanz und Inventar	183
a) Bilanz	183
b) Inventar	183
3. Mangelhafte Bilanzierung § 283 Abs. 1 Nr. 7a StGB	184
a) Tathandlung	184
aa) Aufstellung der Bilanz	184
bb) Bilanzierungsgrundsätze	185
cc) Einzelfälle	185
b) Erschwerung der Übersicht	186
4. Nicht rechtzeitige Bilanzierung § 283 Abs. 1 Nr. 7b StGB	186
a) Tathandlung	186
aa) Bilanzierungsfristen	187
bb) Frist zur Aufstellung des Inventars	189
b) Möglichkeit der Bilanzzerstellung	190
c) Tathandlung und Krisensituation	190
C. Verletzung der Buchführungs- und Bilanzierungspflicht außerhalb der Krise § 283b StGB	191
I. Bedeutung der Vorschrift	191
II. Tatbestand	191
1. Täterkreis	191
2. Tathandlung	192
D. Sonstige Bilanzierungsverstöße	192
I. Unrichtige Darstellung § 331 HGB	192
II. Falsche Angaben § 82 Abs. 2 Nr. 2 GmbHG	195

Inhaltsverzeichnis

6. Teil. Begünstigungshandlungen	197
A. Gläubigerbegünstigung § 283c StGB	197
I. Tathandlung	197
1. Gläubigerstellung	197
2. Gewähren einer Sicherheit oder Befriedigung	199
a) Sicherheit	199
b) Befriedigung	200
c) Gewähren	200
3. Inkongruente Deckung	201
a) Fehlender Anspruch	201
b) Nicht in der Art	202
c) Nicht zu der Zeit	203
4. Begünstigung vor anderen Gläubigern	203
II. Subjektiver Tatbestand	204
1. Vorsatz	204
2. Begünstigungsabsicht	204
III. Teilnahme	205
B. Schuldnerbegünstigung § 283d StGB	205
7. Teil. Andere Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzen	209
A. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt § 266a StGB	209
I. Bedeutung der Vorschrift	209
II. Vorenthalten und Verkürzen von Arbeitnehmeranteilen zur Sozialversicherung, § 266a Abs. 1 StGB	209
1. Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung	210
2. Vorenthalten	211
a) Begriff des Vorenthalten	211
b) Höhe der Beiträge	211
c) Fälligkeit	212
aa) Grundsatz	212
bb) Stundung § 76 SGB IV	212
cc) Stillschweigende Duldung und Verzicht auf Beitreibung	213
d) Teilzahlung	213
e) Möglichkeit der Zahlung	215
aa) Grundsatz	215
bb) Vorrang der Beitragspflicht	217
cc) Vorsorgepflicht	220
dd) Unzumutbarkeit	223
III. Vorenthalten von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung, § 266a Abs. 2 StGB	224
1. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	224
2. Tathandlung	224
a) Machen unrichtiger oder unvollständiger Angaben	224
b) Pflichtwidrig in Unkenntnis lassen	225
c) Verkürzung von Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung	225
3. Täter	226
4. Subjektiver Tatbestand	227
5. Voraussetzungen an Anklageschrift und Urteil	229
IV. Besonders schwere Fälle § 266a Abs. 4 StGB	230
V. Absehen von Strafe § 266a Abs. 6 StGB	231

Inhaltsverzeichnis

VI. Konkurrenzen	233
VII. Verjährung	233
B. Betrug § 263 StGB	234
I. Täuschungshandlung	234
1. Ausdrückliche Täuschung	234
2. Konkludente Täuschung	234
a) Zahlungswilligkeit	235
b) Zahlungsfähigkeit	235
II. Irrtum	238
III. Vermögensverfügung	239
IV. Schaden	239
V. Täterschaft	240
VI. Betrugshandlungen bei der Kapitalbeschaffung	242
1. Betrug § 263 StGB	242
2. Kreditbetrug § 265b StGB	243
VII. Untreue § 266 StGB	244
1. Vermögensbetreuungspflicht	245
2. Pflichtverletzung	246
3. Schaden der Gesellschaft	246
4. Einverständnis der Gesellschafter	247
5. Abgrenzung zu Bankrottstraftaten	250
C. Straftaten im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckung	251
I. Vereitelung der Zwangsvollstreckung § 288 StGB	251
II. Pfandkehr § 289 StGB	253
III. Verstrickungsbruch § 136 Abs. 1 StGB	254
D. Falsche Versicherung an Eides statt §§ 156, 163 StGB	254
E. Steuerstraftaten	255
I. Steuerhinterziehung § 370 AO	255
1. Steuerhinterziehung § 370 AO	255
2. Selbstanzeige § 371 AO	257
II. Leichtfertige Steuerverkürzung § 378 AO	258
F. Zweckwidrige Verwendung von Baugeld § 2 BauFordSiG	258
G. Kapitalmarktrechtliche Verpflichtungen	261
8. Teil: Besondere Verfahrensarten	263
A. Verbraucherinsolvenzverfahren	263
I. Insolvenzverschleppung	263
II. Bankrottdelikte	263
1. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB	263
2. Anpassung von Tatbestandsmerkmalen der Bankrottdelikte	264
B. Nachlassinsolvenzverfahren oder sonstige Regelinsolvenzverfahren	266
C. Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	266
I. Insolvenzverschleppung	267
II. Unrichtige Angaben in der Eigenverwaltungsplanung	267
III. Bankrottdelikte	268
IV. Vorenthalten von Arbeitsentgelt	269
V. Strafbarkeitsrisiken des (vorläufigen) Sachwalters	269
D. Insolvenzplanverfahren und Schutzschirm	271
I. Insolvenzverschleppung	271
II. Bankrottdelikte	272
1. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB	272

Inhaltsverzeichnis

2. Bankrotthandlungen	272
III. Strafbarkeit des Sanierungsberaters	273
E. Restrukturierungsverfahren nach StaRUG	273
I. Insolvenzverschleppung	274
II. Unrichtige Angaben im Restrukturierungsverfahren	275
III. Bankrottdelikte	276
IV. Untreue	277
V. Strafbarkeit des Restrukturierungsbeauftragten	278
9. Teil: Internationales Insolvenzrecht	279
A. Grundzüge des internationalen Insolvenzrechts	279
B. Internationales Strafrecht und internationale Insolvenzen	281
I. Inländische Insolvenz über ausländische Gesellschaft	282
1. Insolvenzverschleppung	282
a) Nicht-EU-Auslandsgesellschaften	283
b) EU-Auslandsgesellschaften	284
aa) Gesellschaftsrechtliche Verpflichtung	285
bb) Insolvenzrechtliche Qualifikation	285
cc) Eigene Auffassung	286
(1) Umgehung von Insolvenzantragspflichten durch Sitzverlegung	286
(2) Deutsche Gesellschaften mit Auslandstätigkeit	287
2. Bankrottdelikte	288
3. Bilanz- und Buchführungsdelikte	288
4. Untreue	290
II. Ausländische Insolvenz über inländische Gesellschaft	292
1. Insolvenzverschleppung	292
2. Bankrottdelikte	292
III. Ausländische Insolvenz über ausländische Gesellschaft	293
10. Teil: Sanierung und Firmenbestattung	295
A. Außergerichtliche Sanierung	296
I. Stille Liquidation	296
II. Sanierungsvergleich	297
III. Vermögensübertragung bei der Sanierung	298
IV. Scheinsanierung und Aushöhlung	303
B. Sanierung innerhalb gerichtlicher Insolvenzverfahren	304
C. Gründungsschwindel	305
D. „Firmenbestattung“	306
I. Strafbarkeit des Alt-Geschäftsführers	307
1. Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	307
2. Bankrottdelikte	307
II. Strafbarkeit des Alt-Gesellschafters	308
III. Strafbarkeit des Neu-Geschäftsführers	309
1. Insolvenzverschleppung	309
2. Bankrottdelikte	309
IV. Strafbarkeit des Firmenbestatters	309
V. Strafbarkeit des beurkundenden Notars	310

Inhaltsverzeichnis

11. Teil: Strafbarkeitsrisiken des Beraters und Insolvenzverwalters	311
A. Strafbarkeit des Beraters	311
I. Berater als Täter oder Teilnehmer	311
1. Täterschaft	311
2. Teilnahme	312
II. Einzelne Delikte	314
1. Insolvenzverschleppung	314
2. Buchführung und Bilanzierung	315
3. Gläubigerbegünstigung oder andere Bankrotthandlungen	317
B. Insolvenzverwalter	318
I. Grundlagen	318
II. Einzelne Straftaten	319
1. Buchführungs- und Bilanzdelikte	319
2. Steuerdelikte	319
3. Vorenthalten von Arbeitsentgelt	319
4. Untreue	320
5. Umweltdelikte	321
6. Strafvereitelung, Begünstigung	322
12. Teil: Insolvenzstrafverfahren	323
A. Ermittlungsverfahren	323
I. Einleitung von Insolvenzstrafverfahren	323
II. Informationsquellen der Staatsanwaltschaft	324
1. Insolvenz- und Vollstreckungsgericht	324
2. Regelanfragen	325
3. Insolvenzverwalter	326
4. Anzeigerstatter und Geschädigte	326
5. Berater des Schuldners	327
a) Umfang des Zeugnisverweigerungsrechts	327
b) Entbindung	327
6. Durchsuchung und Beschlagnahme	328
III. Verwertungs- und Verwendungsverbote	331
1. Verwendungsverbot nach § 97 Abs. 1 S. 3 InsO	331
a) Angaben des Schuldners	331
b) Unterlagen des Schuldners	332
c) Zeitliche Geltung	333
d) Verwendungsverbot	333
2. Verwertungsverbot nach § 393 Abs. 2 AO	334
3. Sonstige Beweisverwertungsverbote	335
IV. Sachverständiger und Wirtschaftsreferenten	335
V. Notwendige Verteidigung	336
VI. Akteneinsichtsrecht des Insolvenzverwalters	337
B. Verfahrensabschluss	338
C. Folgen einer Verurteilung	339
I. Berufsverbot § 70 StGB	339
II. Ausschluss als Geschäftsführer § 6 Abs. 2 S.3 GmbHG	340
III. Gewerbeuntersagung § 35 GewO	341
IV. Restschuldbefreiung § 297 InsO	342
V. Geldstrafen und Geldbußen	342
VI. Einziehung	343
Stichwortverzeichnis	345